HEUTE VOR 10 JAHREN.
LEIPZIGER MENSCHENRECHTSGRUPPEN 1989
Die Machtfrage wird gestellt - Blatt 7: 25. September 1999

Nachdem sich Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Dialog am 29. Mai 1989 wegen des Verdachtes der Fälschung der „Kommunalwahl" an die Stadtbezirksleitungen der Parteien und Massenorganisationen und am 9. Juni 1989 an die Volkskammer und den Staatsrat gewandt hatten und von den entsprechenden Stellen nur ungenügende oder überhaupt keine Antworten erhielten, stellen sie am **7. September** 1989 eine Strafanzeige gegen Unbekannt wegen des Verdachtes der Wahlfälschung gemäß § 211 StGB bei der Staatsanwaltschaft der Stadt Leipzig. Die in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin seit Wochen wartenden Ausreiseantragsteller verlassen am **8. September**, nachdem ihnen Straffreiheit und Prüfung ihrer Ausreiseanträge zugesichert worden war, die Ständige Vertretung. In Leipzig wird Andreas Ludwig vom Arbeitskreis Gerechtigkeit zugeführt und eine Fotodokumentation über die Polzeimaßnahmen des Frühsommers beschlagnahmt. Frank Richter, Sprecher der Arbeitsgruppe Menschenrechte, berichtet:

„Die, auch während des statt-Kirchentages in der Leipziger Lukaskirche gezeigte, Dokumentation der Ereignisse im Mai/Juni [1989] in der Leipziger Innenstadt ist auf dem Weg zur Zwickauer Friedenswerkstatt am 8. 9. 1989 gegen 16.00 Uhr durch die Volkspolizei beschlagnahmt worden. Während der Überprüfung der Personaldokumente und der Fahrzeugpapiere durch gleich drei Angehörige der Volkspolizei kam ein weiterer Streifenwagen hinzu. Einer der zuletzt gekommenen Polizisten forderte, den Inhalt des Gepäcks vorzuzeigen. Trotz des Hinweises, daß es sich um innerkirchliches Material handele, wurde der Mitarbeiter des Leipziger Arbeitskreises Gerechtigkeit zur „Klärung eines Sachverhaltes" zugeführt. Nach einem halbstündigen Aufenthalt auf dem VP-Revier Süd in der Fockestraße wurde er auf das Volkspolizeikreisamt Leipzig in der Harkortstraße überführt. Nach einer Leibesvisitation befragten ihn zwei Angehörige der Kriminalpolizei 15 Minuten lang. Ihm wurde vorgeworfen, daß er diese Dokumentation angefertigt habe, um „die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören". Diese Unterstellung fand sich als eine von ihm gemachte Aussage im Protokoll wieder, welches er natürlich nicht unterschrieb. Gegen 23.30 Uhr wurde er, ohne sein Fahrzeug oder die Ausstellung wiederzuerhalten, aus dem Gewahrsam entlassen. Nachsatz: Das Fahrzeug erhielt er am Dienstag der folgenden Woche [d. h. am 12. September] *zurück."*

Am **10. September** wird die Gründung einer dritten ostdeutschlandweiten oppositionellen Vereinigung, Neues Forum, bekannt. Zu den Gründungsmitgliedern gehören neben dem Leipziger Michael Arnold u.a. Bärbel Bohley, Dr. Martin Böttger, Erika Drees, Katrin Eigenfeld, Dr. Frank Eigenfeld, Olaf Freund, Otmar Nickel, Hanno Schmidt und Catrin Ulbricht. Zu den ersten Leipziger Mitgliedern gehören u.a. Michael Raschke, Gesine Oltmanns und Jochen Läßig. Ungarn öffnet in der Nacht zum 11. September auf Anweisung seines Innenministers István Horváth seine Westgrenze nach Österreich für Ostdeutsche. Damit wird das bilaterale Abkommen Ungarns mit der Regierung in Ostberlin vom 20. Juni 1969 einseitig durch Ungarn außer Kraft gesetzt. Es verbot die Ausreise von Angehörigen des jeweils anderen Staates in westliche Länder ohne entsprechende Papiere. Nach dem Friedensgebet vom **11. September** werden 89 Personen festgenommen. 19 Personen kommen in Untersuchungshaft (u.a. Carola Bornschlegel, Katrin Hattenhauer, Udo Hartmann) und 22 erhalten Strafbefehle. Frank Richter und Rainer Müller schreiben dazu im Forum für Kirche und Menschenrechte:

„... Nach dem montäglichen Friedensgebet am 11. September wurden durch einen massiven Polizeieinsatz ... Personen festgenommen. Bereits am Vormittag schleppte die Polizei in der Nähe der Nikolaikirche parkende Fahrzeuge ab und sperrte die Straßen für den Verkehr. Schon während des Gottesdienstes riegelte Bereitschaftspolizei das Gebiet um die Kirche hermetisch ab und forderte dort anwesende Passanten auf, den Nikolaikirchhof zu verlassen. Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche, Dr. Johannes Hempel, richtete währenddessen in der Nikolaikirche ein Grußwort an die Friedensgebetsgemeinde. Mit Beifall wurde der Brief der Konferenz der Kirchenleitungen der DDR vom 4. 9. an Erich Honecker von den ca. 1 300 Besuchern aufgenommen. Nach dem Verlassen der Kirche forderte die Polizei die Anwesenden mehrmals dazu auf, die Nikolaistraße und den Nikolaikirchhof einzeln in Richtung Ritterstraße zu verlassen, was aber durch die Polizeisperren kaum möglich war. Dabei kam es zu den ersten Festnahmen. Postenketten der Bereitschaftspolizei trieben die Menschen in einen Kessel in die benachbarte Ritterstraße ab. Im Kessel riefen die Verängstigten in Sprechchören: >>Wir wollen raus!<<. Dort erfolgten die meisten der Festnahmen. Auf brutale Art und Weise wurden Jugendliche, Frauen, Männer und Rentner mit nach hinten verdrehten Armen zu den bereitstehenden Einsatzwagen geschleift. Selbst ein Mann mit einem eingegipsten Arm wurde ebenso schreiend abgeführt. Einen anderen schlugen in der Ritterstraße vier Mitarbeiter der Sicherheitsorgane in Zivil zusammen und zerrten ihn in einen Hauseingang. Jugendliche wurden an ihren Haaren weggezerrt und abgeführt. Dieses menschenverachtende Vorgehen der Sicherheitsorgane ist nur ein Teil der seit einigen Monaten ständig anwachsenden Repressionen gegen engagierte Bürgerinnen und Bürger; ..."

Demokratie Jetzt veröffentlicht am **12. September** seinen Gründungsaufruf **>>Einmischung in eigener Sache<<** und **>>Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR<<**. In dem u.a. von Stephan Bickhardt, Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Reinhard Lampe, Ludwig Mehlhorn und Ulrike Poppe unterzeichneten Aufruf heißt es:

„... entgegen aller Schönfärberei sind die politischen, ökonomischen und ökologischen Krisenzeichen des Staatssozialismus auch „in den Farben der DDR" unübersehbar. Nichts aber deutet darauf hin, daß die SED-Führung zum Umdenken bereit ist. Es scheint, als spekuliere sie auf ein Scheitern der Reformen in der Sowjetunion. ... Die Unterordnung des Staates unter die Politbürokratie der Partei und deren institutionalisierte Ämterpatronage müssen ein Ende haben. ..."

Am gleichen Tag kehren nach der Zusicherung von Straffreiheit und anwaltlicher Betreuung ein großer Teil der Ausreisewilligen in der Prager Botschaft der Bundesrepublik nach Ostdeutschland zurück. In den nächsten Tagen suchen jedoch erneut viele ausreisewillige Ostdeutsche Zuflucht in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag. In Warschau kündigt der neue polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki vom Bürgerkomitee Solidarnosc in seiner Regierungserklärung an, die polnische Verfassung zu ändern und die Marktwirtschaft in Polen einzuführen. In der Markuskirchgemeinde beginnen am **13. September** Freunde der Inhaftierten aus dem Umfeld der Initiativgruppe Leben und des Neuen Forum eine eigene „Koordinierungsgruppe Leipziger Fürbittandachten für die Inhaftierten" zu bilden. Der Mitarbeiter der Koordinierungsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit Andreas Ludwig unterstützt nach einer kurzen Abstimmung mit den Sprechern und Sprecherinnen des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte als Mitglied des Kirchenvorstandes der Markuskirchgemeinde diese Bemühungen und schließt sich der Koordinierungsgruppe Fürbittandachten für die Inhaftierten an. Die Initiative Frieden und Menschenrechte Berlin, Umweltbibliothek Berlin, Arbeitskreis Gerechtigkeit Leipzig und Arbeitsgruppe Menschenrechte Leipzig stimmen sich telephonisch über die Auslösung einer Solidarisierungskampagne ab. Die Informationsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte richtet einen durchgängigen telephonischen Informationsdienst in der Lukaskirchgemeinde ein. In Berlin wird etwas später ebenfalls ein Kontakttelephon eingerichtet. Seine Arbeit wird vorrangig von Werner Fischer und Peter Grimm von der Initiative Frieden und

Menschenrechte sowie Till Böttcher und Gerold Hildebrand von der Umweltbibliothek garantiert. In der Ostberliner Koordinierungsgruppe sind außerdem vor allem Wolfgang Rüddenklau und Tom Sello von der Umweltbibliothek, Walter Schilling von der Kirche von Unten und Evelyn Zupke vom Friedenskreis Weißensee für die Organisation von Protesten gegen die Inhaftierungen tätig. Am **14. September** kündigt der Erfurter Pfarrer Edelbert Richter in Bonn die Gründung des „Demokratischen Aufbruch", der fünften landesweiten oppositionellen Vereinigung, an. In Quedlinburg verteilt der Friedens- und Umweltkreis einen **>>Beitrag zur Diskussion um eine demokratische Umgestaltung in der DDR<<** per Flugblatt:

„... Wir sind nicht bereit, einer ohnmächtig regierenden, im Grunde gescheiterten Führungsmannschaft, die Geschicke unseres Landes allein zu überlassen. Alles hat seine Zeit. Die Zeit des Schweigens ist vorüber, die Zeit des Redens und Handelns, die Zeit des „selbst in die Hand nehmen" ist gekommen. Wir laden alle ein, mitzutun, egal welcher gesellschaftlichen Schicht oder weltanschaulichen Grundüberzeugung er angehört: Mitzutun bei der Gestaltung einer friedlichen, demokratischen Gesellschaft. Der uns umgebende seelenlose Apparat muß mit frischem Leben erfüllt werden. 1.) Wir fordern anerkannt zu werden, als politische Kraft. ... 3.) Wir fordern eine grundlegende Neuformulierung der Verfassung der DDR und Rechtsstaatlichkeit in der DDR. 4.) Wir fordern, daß die Volkskammerwahlen 1990, nach einem neu auszuarbeitenden Wahlgesetz, freie Wahlen mit mehreren politischen Kräften sind. 5.) Wir fordern das Demonstrationsrecht und das Streikrecht. 6.) Wir fordern die Gründung unabhängiger Presseorgane, ... 7.) Wir fordern Wirtschaftsreformen, da die sozialistische Planwirtschaft uneffektiv ist. ... 8.) Wir fordern eine finanzpolitische Reform. Dabei muß die Währung der DDR frei konvertierbar werden. 9.) Wir fordern neue Gewerkschaften, die in der Lage sind, die Interessen der Arbeiter bestmöglichst zu vertreten, um soziale Errungenschaften zu sichern. ... 11.) Die Kampfgruppen und die Gesellschaft für Sport und Technik müssen wegen politischer Überflüssigkeit aufgelöst werden. ... 12.) ... Es muß auf die Erziehung zu „sozialistischen Persönlichkeiten" verzichtet werden. ... 13.) Alle Bürger der DDR ... müssen in alle Länder reisen dürfen, so wie es in der UNO-Deklaration vorgesehen ist. ... Dem Mittel der Gewalt, als Möglichkeit Macht zu erhalten, muß deutlich ein Riegel vorgeschoben werden. ..."

Die Initiative Frieden und Menschenrechte Berlin protestiert gegen die Verhaftungen in Leipzig:

„Erneut erweist sich, daß der Staatsapparat in der krisenhaften Situation unseres Landes nur mit Sprachlosigkeit und auf die Kritik der Bürger ausschließlich mit Gewalt zu reagieren bereit und in der Lage ist. ... Wir rufen die Bürger unseres Landes auf, sich dem Protest anzuschließen".

Die Gruppen des Sonnabendskreises werden telephonisch durch die Mitarbeiter der Koordinierungsgruppe zum Sonnabendskreis informiert. Wie im Januar 1988 und 1989 beginnt eine Solidaritätskampagne. Sie dauert bis zur Freilassung der Inhaftierten am 13. Oktober an. An ihr beteiligen sich mit der Organisation von Fürbitt- und Informationsveranstaltungen und mit Protestschreiben unter anderem: Umweltbibliothek Altenburg, Arche grün-ökologisches Netzwerk, Umweltgruppe Borna, Wolfspelz (Dresden), Initiative Demokratische Erneuerung - IDeE (Dresden), Umweltbibliothek Großhennersdorf, Neues Forum Halle, Arbeitsgruppe Evangelium und Menschenrechte Kittlitz, Friedens- und Umweltkreis Quedlinburg, Friedenskreis Oberlausitz, Landesjugendkonvent Sachsen, Arbeitskreis Solidarische Kirche Thüringen, Gesprächskreis Weimar, Friedensgruppe Zittau, Arbeitskreis Gerechtigkeit/Konziliarer Prozeß Zwickau, Charta 77, Die Grünen, Die Grünen Gladbeck, FIDESZ (Verband Junger Demokraten), Helsinki Watch (New York), Internationale Helsinkiföderation für Menschenrechte, Komitee zur Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West - in ganz Deutschland, Tschechoslowakisches Helsinkikomitee, VONS sowie Gruppen aus Birmingham, Erfurt, Forst, Gera, Greifswald, Großschöna, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Merseburg, Potsdam, Rostock, Schwedt u.a.. Aus dieser Solidaritätskampagne heraus entwickeln sich die Informationsveranstaltungen über die neugegründeten Oppositionsgruppen und die am 25. September in Leipzig beginnenden ostdeutschlandweiten Massendemonstrationen. In Leipzig findet die erste Fürbittandacht an diesem Tag in der Markuskirchgemeinde statt. Bis zur Ankündigung der Freilassung der Inhaftierten finden sie in Leipzig täglich in jeweils wechselnden Kirchen statt, so in der Lukaskirche, Markuskirchgemeinde, Trinitatiskirche, Liebfrauengemeinde, Bethanienkirche, Versöhnungskirche u.a. Superintendent Johannes Richter empfiehlt am **15. September**, in den Gemeinden im Kirchenbezirk Leipzig-West Fürbitten für die Inhaftierten zu halten. Während der 14. Beratung von Vertretern ostdeutscher Bürgerrechtsgruppen im Sonnabendskreis in der Leipziger Lukaskirchgemeinde am **16. September** wird die Organisation ostdeutschlandweiter Proteste beraten. Die Offene Arbeit Karl-Marx-Stadt schreibt noch am selben Tag an Bezirksstaatsanwalt Lehmann und den Ministerrat:

„...Probleme und Meinungsverschiedenheiten in unserer Gesellschaft sind nicht durch Polizeieinsätze und Gerichtsverfahren zu bewältigen, sondern durch Information und offene Diskussion. Andernfalls werden die friedenspolitischen Erfolge der DDR in Frage gestellt, und unser Land wird zum Sicherheitsrisiko."

Hans-Friedrich Fischer und Frank Richter von der Arbeitsgruppe Ostmitteleuropa des Arbeitskreises Gerechtigkeit informieren auf dem Treffen des Sonnabendskreises über die Inhaftierung der Bürgerrechtler Stanislav Devaty, Petr Cibulka und Dusan Skala in der CSSR. Außerdem wird über die Gründungstexte und Ziele der in der Entstehung begriffenen Vereinigungen informiert. Der Arbeitskreis Gerechtigkeit und die Arbeitsgruppe Menschenrechte veröffentlichen auf dem Treffen des Sonnabendskreises das Samisdat „Forum für Kirche und Menschenrechte". Die Sicherheitskräfte leiten deshalb ein Prüfungsverfahren wegen staatsfeindlicher Hetze (§ 106 StGB) ein. In ihm wird erneut die **>>Mitteilung zur Wehrdiensteinberufung<<** verbreitet:

„Der Zeitpunkt der nächsten Einberufung zum Wehrdienst steht kurz bevor. Die Zahl derer, die den Wehrdienst verweigern, ist nicht bekannt. Die UNO-Menschenrechtskommission hat in ihrer Resolution 46/87 das Recht auf Wehrdienstverweigerung als Menschenrecht anerkannt. Dem schließen wir uns als Offene Arbeit Mockau, Arbeitskreis Gerechtigkeit Leipzig und Arbeitsgruppe Menschenrechte Leipzig an und werden uns für Wehrdienstverweigerer einsetzen. Allen, die entschlossen sind, den Wehrdienst zu verweigern, machen wir folgendes Angebot: Bei Eintreffen des Einberufungsbefehls bitte bei folgenden Kontaktadressen melden (möglichst persönlich): Torsten Falk, Steffen Kühhirt, Christoph Motzer, Johannes Fischer, Rainer Müller [...] Dazu bitte die Angaben: Name, Vorname, Adresse, Alter, Beruf; kurze Begründung der Wehrdienstverweigerung; Gestellungstag, -ort, und -zeit; Vertrauensperson im Falle der Verhaftung (Frau, Eltern o. ä.) [mitbringen]. Wir sehen unsere Aufgabe darin, durch Information der Öffentlichkeit zu einer breiten Solidarisierung beizutragen."

In Düsseldorf veröffentlicht das Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West - in ganz Deutschland ein Schreiben zu den Inhaftierungen in Leipzig und richtet ein Informationstelephon ein:

„...wir möchten Sie hiermit über die neue Repressionswelle in Leipzig informieren, die ein dringendes Engagement aller Demokraten erfordert. ... Wir bitten Sie dringend, sofort aktiv zu werden und sich in Protestbriefen an die Ständige Vertretung der DDR ... zu wenden und sich einzusetzen: für die Freilassung von Udo Hartmann, Carola Bornschlegel, Katrin Hattenhauer ... und alle übrigen Inhaftierten, deren Namen z.Z. nicht bekannt sind; für ihr Recht, den Wohnort frei zu wählen; für die Aufklärung aller Fälle der 30 „Verschwundenen"; sowie die Annullierung der Ordnungsstrafen. Schluß mit der Repression! - Keine Zwangsabschiebung! Für das Recht auf freie Meinung, Versammlung, Demonstration und Organisation. Wir schlagen vor, sich mit Briefen an den Parteivorstand der SPD und den Bundesvorstand der GRÜNEN, sowie die Gewerkschaftsjugend und die Jungsozialisten zu wenden. Denn es ist besonders ihre Verantwortung, sich mit der ganzen Kraft ihrer Organisationen für die Inhaftierten einzusetzen und eine Aufklärung ... zu verlangen. Wir bitten Sie, da sich die Situation ständig verändert, auf Meldungen in Presse und Funk zu achten und stellen für Rückfragen unser Telephon zur Verfügung ... Gotthard Krupp-Boulboullé"

Der DDR-weite Arbeits- und Koordinierungskreis zum Wehrpflichtproblem trifft sich am 16. September ebenfalls zu einer Beratung. Die teilnehmenden Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Menschenrechte informieren auf dem Treffen von den Inhaftierungen in Leipzig und bitten um Unterstützung der Bemühungen zur Freilassung der Inhaftierten. Die Dresdner Gruppen Wolfspelz und Initiative demokratische Erneuerung (IDeE) organisieren am **17. September** eine Protestandacht in der Dresdener Lutherkirche für die Inhaftierten und schicken ein von 97 Personen unterzeichnetes Protestschreiben an Bezirksstaatsanwalt Lehmann:

„Wir, Teilnehmer der Fürbitt- und Protestandacht ... protestieren auf das Schärfste gegen das skandalöse, völlig unangemessene Verhalten der Leipziger Polizei am 11. 9. 89 gegen die Teilnehmer des Friedensgebetes in der Nikolaikirche. Wir erwarten eine sofortige Freilassung aller Inhaftierten, das Einstellen sämtlicher Ermittlungsverfahren sowie eine Rücknahme aller Ordnungsstrafen und Strafbefehle. Nehmen Sie unser Unverständnis und unsere Entrüstung gegenüber solchem Vorgehen der Polizei gegen friedliche, selbstbewußte Menschen unseres Landes zur Kenntnis."

Nach dem montäglichen Friedensgebet am **18. September** in Leipzig nehmen Sicherheitskräfte erneut 31 Personen vorläufig fest. 5 Personen bleiben in Untersuchungshaft, einige erhalten Strafbefehle und 6 Ordnungsstrafen. Anja Erdenberger, Silvia Löser, Tabea Sporn, Silke Krasulsky und Sylke Ungermann von der Arbeitsgruppe Soziales, welche im Herbst 1989 eine der Arbeitsgruppen der Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig war, schreiben noch am Abend dazu an die Machthaber:

„ ...Nach dem heutigen Friedensgebet in der Nikolaikirche traten alle Gottesdienstbesucher friedlich ihren Heimweg an. ... Sie wurden ... von Polizeiketten auseinandergetrieben. Es kam wieder ... zu einer Reihe von Zuführungen ... Das mächtige Aufgebot von Polizei- und Staatssicherheitsbeamten ... haben wir schon seit längerer Zeit Montags beobachtet. Wir können den Einsatz brutaler Gewalt in keinster Weise billigen. Wir fordern hiermit die sofortige Freilassung aller am 11. 09. und 18. 09. 89 zugeführten bzw. in Untersuchungshaft befindlichen Personen, da wir keinen Grund sehen, der ihre Festnahme rechtfertigt. In Artikel 3 und 9 der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 heißt es: >>Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person<<; >>Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten ... werden.<<"

In Magdeburg findet um 19 Uhr das erste „Montagsgebet zur gesellschaftlichen Erneuerung" im Dom und in Stralsund das erste Friedensgebet statt. In der Sylvestrikirche von Wernigerode findet eine Veranstaltung zur Eröffnung der Friedensbibliothek Wernigerode statt. Es ist die letzte staatsunabhängige Kommunikations- und Informationsstelle für die Gruppen, welche vor dem Beginn der Massenproteste von diesen eröffnet wird. Der Friedens- und Umweltkreis Quedlinburg protestiert bei Bezirksstaatsanwalt Lehmann gegen die Inhaftierungen. In einem Brief an jeden der Inhaftierten schreiben die Quedlinburger:

„... Die Solidarität, die wir hiermit ausdrücken für Euch, kann nur ein Geringes sein. Trotzdem sind wir voller Hoffnung, Euch zu helfen, indem wir gedanklich und in der Tat bei Euch sind. Bleibt standhaft in einer Sache, die uns allen Hoffnung gibt und die eine Sache der Zukunft ist. Mit friedliebenden und solidarischen Grüßen für Euch und alle ungerecht inhaftierten Menschen in dieser Welt möchten wir einen Dank sagen. In herzlicher Verbundenheit, der Friedens- und Umweltkreis Quedlinburg."

Im Begleittext an die Informationsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte in der Lukaskirchgemeinde heißt es dazu: *„Hallo, lieber Rainer* [Müller]*! Diese Zeilen haben wir am Montag früh an die Inhaftierten geschickt ... Außerdem wird Geld für die Strafen gesammelt. Das wird gebracht. Anbei auch der Protest an die Staatsanwaltschaft."*

Die Umweltbibliothek Berlin stellt in ihrer **>>Protesterklärung<<** zu den neuerlichen Festnahmen in Leipzig fest:

„...wir stellen fest, daß die Übergriffe in Leipzig im Rahmen einer vorsätzlich herbeigeführten allgemeinen Verschärfung der innenpolitischen Situation angeordnet wurden. In einer Zeit der zunehmenden Perspektivlosigkeit des politischen Systems und einer wachsenden Protestbewegung nehmen die Regierenden Zuflucht zur rohen Faust. Wir solidarisieren uns mit den Inhaftierten und per Strafbefehl Verurteilten. Wir fordern: sofortige Freilassung der Inhaftierten in die DDR und die Einstellung der Ermittlungsverfahren. Aufhebung der Strafbefehle. Wir fordern die Bevölkerung zur Solidarität mit den Verfolgten auf. Die dringend notwendigen politischen Veränderungen können nur von unten durchgesetzt werden."

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau wird am **19. September** wegen Überfüllung geschlossen. Die neue polnische Regierung unter Tadeusz Mazowiecki gibt gegenüber der Bundesregierung die Zusage, daß die ostdeutschen Flüchtlinge nicht an die DDR ausgeliefert oder abgeschoben werden. Das SED-Zentralorgan Neues Deutschland kommentiert die Massenflucht der Ostdeutschen in die Bundesrepublik an diesem Tag mit den Worten:

„Der von Kräften der Bundesrepublik organisierte und stabsmäßig geplante Menschenhandel dient allein der revanchistischen, großdeutschen Politik einer Wiederherstellung des „Großdeutschen Reiches in den Grenzen von 1937", der Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung. Es ist der Versuch, das 40jährige sozialistische Aufbauwerk der Bürger der DDR zu diskreditieren."

In Leipzig beantragen Michael Arnold, Edgar Dusdal und Gesine Oltmanns die Zulassung einer „Regionalgruppe Leipzig" des Neuen Forum. Die Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR stellt zum Abschluß ihrer vom 15. bis 19. September stattgefundenen Tagung in Eisenach in einem **>>Beschluß zur gegenwärtigen Lage in der DDR<<** fest:

„...Wir brauchen: ein allgemeines Problembewußtsein dafür, daß Reformen in unserem Land dringend notwendig sind; die offene und öffentliche Auseinandersetzung mit unseren gesellschaftlichen Problemen; ... verantwortliche pluralistische Medienpolitik; demokratische Parteienvielfalt; Reisefreiheit für alle Bürger; wirtschaftliche Reformen; ... Möglichkeit friedlicher Demonstrationen; ein Wahlverfahren, das die Auswahl zwischen Programmen und Personen ermöglicht. ..."

Das Neue Deutschland schreibt dazu unter der Überschrift **>>Großdeutsche Ladenhüter auf der Kirchenversammlung<<**:

„...Alter Quark wurde da als Frischkäse angeboten: Was den Feinden des sozialistischen deutschen Staates trotz größter Anstrengungen in vier Jahrzehnten nicht gelungen ist, die konterrevolutionäre Beseitigung des Sozialismus, ... das soll nun mit 'wirtschaftlichen Reformen', ... und mit 'Gegenstrukturen' nachgeholt werden. Was da ... aus dem Bericht an die Synode zitiert wurde, ist in letzter Konsequenz ein Katalog von Maßnahmen, um die DDR kapitalistisch und für die 'Wiedervereinigung" sturmreif zu machen. ..."

Die Grünen Gladbeck protestieren am **20. September** bei Bezirksstaatsanwalt Hartmut Lehmann wegen der Verhaftungen in Leipzig:

„ ...Wir halten es unter gar keinen Umständen für gerechtfertigt, derart gegen friedliche DemonstrantInnen vorzugehen. In unserem Verständnis nehmen sie lediglich grundlegende demokratische Rechte in Anspruch. Wir fordern Sie auf, ... daß in Zukunft keine Verhaftungen wegen der Inanspruchnahme urdemokratischer Rechte vorgenommen werden. Wir wissen, daß die meisten der Verhafteten sich für eine demokratische Umgestaltung in der DDR einsetzen. Sie müssen sich darüber klar sein, daß die Massenflucht von BürgerInnen Ihres Staates auch mit der Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Ihrem Land zusammenhängt."

In einem Schreiben vom gleichen Tag an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der Grünen, welches sie zur Kenntnisnahme auch der Informationsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte in der Lukaskirchgemeinde übermitteln, teilen Die Grünen Gladbeck ihre Bedenken über die bisherige Haltung des Bundesvorstandes der Grünen mit:

„...Wir haben den Eindruck, daß sich auf höherer Ebene bei den GRÜNEN immer noch eine gewisse Zaghaftigkeit gegenüber DDR-Organen breitmacht (siehe Leipziger Messe), Klartext zu reden und sich eindeutig auf die Seite der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung zu

stellen. Wir hoffen, daß sich dieser Eindruck in Zukunft nicht verfestigt und daß sowohl Bundesvorstand als auch Bundestagsfraktion eindeutige Worte zu den Vorgängen in der DDR finden."

Die amtliche Nachrichtenagentur der Machthaber, ADN, meldet am **21. September**, daß die Zulassung des Neuen Forum vom Ministerium des Innern abgelehnt wurde, da *'Ziele und Anliegen der beantragten Vereinigung der Verfassung widersprächen und eine staatsfeindliche Plattform darstellten'*. Die tägliche Fürbittandacht für die Inhaftierten in Leipzig findet an diesem Tag in der Lukaskirche statt. Charta 77, VONS und das Tschechoslowakische Helsinkikomitee verfassen eine Erklärung zu den Inhaftierungen:

„**Solidarität mit den gefangenen Aktivisten in Leipzig**: *„Wir meinen, daß wir nicht schweigen können, wenn Leute nur deshalb verhaftet werden, weil sie sich für die gewaltlose Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse einsetzen. Das umsomehr, wenn sie diesen Wunsch im gemeinsamen Gebet ausdrückten! Wenn solche Leute inhaftiert, verfolgt und schikaniert werden, müssen wir unsere Kraft vereinigen und alles dagegen tun, daß die DDR, die CSSR, Rumänien und Albanien nicht zu kranken Stellen Europas werden, und dadurch zur Bedrohung nicht nur für die Völker dieser Länder, sondern für die gesamte Internationale Gemeinschaft. Wir gehen aus von der Ansicht, daß die Bürger der DDR das Recht haben, in die BRD auszuwandern. Umsomehr ist es unsere moralische Pflicht, uns dafür einzusetzen, daß die frei und ohne Behinderung in der DDR leben können, die dort leben wollen und die durch ihre kritische Stellung beitragen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir wenden uns deshalb an alle Demokraten Polens, Ungarns und der Sowjetunion ungeachtet dessen, ob sie in Regierungs- bzw. offiziellen Strukturen oder unabhängig wirken, ungeachtet ihrer politischen Orientierung oder religiösen Überzeugung, daß sie sich mit unseren Freunden in Leipzig öffentlich solidarisieren. Sie helfen so nicht nur den 11 Leuten, die im Gefängnis für eine gerechte Sache leiden, sondern auch der sich entfaltenden unabhängigen Bewegung in Deutschland, allen, die in diesem Teil Europas leben und schließlich auch ganz Europa. Václav Havel, Tomas Hradilek, Dana Nemcova - Sprecher der Charta 77 (Der Sprecher der Charta 77 Sasa Vondra ist zur Zeit inhaftiert.)"*

Erich Honecker schickt am **22. September** an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen ein Fernschreiben, daß *„die feindlichen Aktionen im Keim erstickt werden müssen"*. In Ostberlin wird am **23. September** der Mitherausgeber des Samisdat „Standpunkt" der Arche, Olaf Stabs, inhaftiert. In Leipzig teilt die Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR in einer von Rainer Müller, Frank Richter und Thomas Rudolph verfaßten Information internationalen Menschenrechtsorganisationen Fälle von Inhaftierungen wegen versuchter Republikflucht mit. Am **24. September** treffen sich in der Leipziger Markuskirchgemeinde Vertreter der neuen Oppositionsgruppen aus verschiedenen ostdeutschen Städten. Die von Michael Arnold geplante Gründung einer „Demokratischen Initiative" erfolgt nicht. In Leipzig halten am **25. September** Johannes Fischer, Frank Richter und Christoph Wonneberger von der Arbeitsgruppe Menschenrechte mit Christa Mihm das montägliche Friedensgebet in der Nikolaikirche zum Thema >>**Gewalt**<<:

„Mit Gewalt", sagte der Friseurgehilfe, - das Rasiermesser an meiner Kehle - „ist der Mensch nicht zu ändern!". Mein Kopfnicken beweist ihm das Gegenteil. Mit Gewalt ist der Mensch durchaus zu ändern. Mit Gewalt läßt sich aus einem ganzen Menschen ein kaputter machen, aus einem freien ein Gefangener, aus einem lebendigen ein Toter. Beweise gibt es dafür viele. Aber einen Versuch würde ich Ihnen nicht raten. Sie hätten mit einem Strafverfahren nach § 129 des StGB wegen Nötigung zu rechnen, denn mit einer Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren wird bestraft, „wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem schweren Nachteil zu einem bestimmten Verhalten zwingt." Auch der Versuch ist strafbar, jedenfalls dann, wenn ein einzelner Bürger ihn unternimmt. Anders, wenn der Staat selbst den Tatbestand der Nötigung erfüllt. Wenn der Staat selbst Gewalt androht oder anwendet - oder Versuche in dieser Richtung anstellt - oder andere dazu auffordert. Wenn der Staat selbst Gewalt androht oder anwendet, hat er nicht mit einem Strafverfahren zu rechnen, aber mit den Folgen: Wer Gewalt übt, mit Gewalt droht und sie anwendet, wird selbst ein Opfer der Gewalt. Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen. Wer die Kalaschnikow nimmt, hat mit einem Kopfschuß zu rechnen. Wer eine Handgranate wirft, kann gleich eine Armamputation einkalkulieren. Wer einen Bomber fliegt, erscheint selbst im Fadenkreuz. Wer einen Gummiknüppel schwingt, sollte auch einen Schutzhelm tragen. Wer einen blendet, wird selbst blind. Wer andere willkürlich der Freiheit beraubt, hat selbst keine Fluchtwege mehr. Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen. Das ist für mich keine grundsätzliche Infragestellung staatlicher Gewalt. Ich bejahe das staatliche Gewaltmonopol. Ich sehe keine sinnvolle Alternative. Aber: 1. Staatliche Gewalt muß effektiv kontrolliert werden - gerichtlich, parlamentarisch und durch uneingeschränkte Mittel der öffentlichen Meinungsbildung. 2. Staatliche Gewalt muß sinnvoll begrenzt sein: Unser Land ist nicht so reich, daß es sich einen so gigantischen Sicherheitsapparat leisten kann. „Die Verfassung eines Landes sollte so sein, daß sie die Verfassung des Bürgers nicht ruiniert", so schrieb Stanislaw Jercy Lec vor 20 Jahren. Da müssen wir die Verfassung eben ändern. Angst? „Fürchtet euch nicht! Mir ist gegeben alle Gewalt, im Himmel und auf Erden." - so sagte einst Jesus. Das war keine Drohung. Das ist eine Nötigung. Dahinter steht kein Machtapparat. „Mir ist gegeben alle Gewalt ...", d. h. innere Kraft und Gewißheit und äußere Glaubwürdigkeit und das heißt für mich: echte Kompetenz: Vollmacht ... und daran bekomme ich Anteil, wenn ich verantwortlich denke, glaubwürdig rede, durchschaubar handle. Dazu lade ich Sie ein, h e u t e . Gegenüber solcher Vollmacht sind Stasi-Apparat, sind Hundertschaften, sind Hundestaffeln nur Papiertiger. Also: Fürchtet euch nicht! Wir können auf Gewalt verzichten. Selig. - Selig sind die Sanftmütigen, sie werden das Erdreich besitzen. Unselig sind, die auf Gewalt setzen, sie werden einen Trümmerhaufen vererben. Unselig sind, die die Gewalt anwenden, sie werden sich und das Land ruinieren. Unselig sind, die ihren Führungsanspruch mit Gewalt durchsetzen wollen, das Land wird sie enterben. Selig sind die Sanftmütigen, sie werden das Erdreich besitzen. Selig sind, die den Mut haben, der Gewalt sanft entgegenzutreten, sie werden ein bewohnbares Stück Erde vererben. Selig sind, die auf Gewalt verzichten, das Land wartet auf sie. Selig sind die bewußt Gewaltlosen, ihnen kann man das Land anvertrauen. Selig sind die sanft Mutigen. Sie werden das Land besitzen."

Nach dem Friedensgebet demonstrieren 8 000 Personen auf der 1. Großdemonstration in der Leipziger Innenstadt. Die Demonstranten singen „Herr gib uns deinen Frieden", die „Internationale" und „We shall overcome". In Sprechchören skandieren sie: „Freiheit", „Freiheit für die Gefangenen", „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", „Neues Forum" und „Neues Forum zulassen". Der Autoverkehr auf dem Innenstadtring, den die Demonstranten erstmals entlangziehen, bricht teilweise zusammen.

Es kommt zu sechs Zuführungen. 5 Personen erhalten Ordnungsstrafen und 1 Person einen Strafbefehl. Die Informationsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte informiert über ihr Telephon in der Lukaskirchgemeinde Journalisten über die Demonstration und beschließt, künftig montags feste Beobachtungspunkte mit Telephon und Dokumentationstechnik in der Innenstadt einzurichten.

[Fast alle der hier genannten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte waren gleichzeitig Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig.]

(Hg.) IFM-Archiv Sachsen e.V. Anschrift: 04177 Leipzig, Jahnallee 69. Telefon: 0341 - 4 01 17 45, Fax: 0341 - 4 80 72 07. Spendenkonto: 35 02 100 Bank für Sozialwirtschaft Leipzig (BLZ 860 205 00).